STADTRATSKURIER NÜRNBERG

Aktuelle Themen und Informationen der CSU-Stadtratsfraktion

Liebe Nürnbergerinnen und Nürnberger,

das Jahr 2022 ist erst drei Monate alt und die negativen Schlagzeilen reißen leider nicht ab. Die Pandemie ist nach wie vor voll im Gange und durch den Krieg in der Ukraine kommen viele Menschen in unserer Land. Gerade das Schicksal der Geflüchteten verdeutlicht uns auch in Nürnberg die Auswirkungen der humanitären Krise. Mit Solidarität und Empathie können wir als Stadtgesellschaft diese Herausforderung gemeinsam bestehen.
Mit Blick auf die finanzielle Situation in unserer Stadt ist der Zusammenhalt auch im Stadtrat notwendig. Deshalb nehmen wir den blauen Brief der Regierung von Mittelfranken sehr ernst. Wir sind uns bewusst, dass wir aufgrund der angespannten Haushaltslage die Sparbemühungen intensivieren müssen, um dauerhaft die kommunale Selbstverwaltung und unseren Gestaltungsspielraum für die Stadt zu erhalten. Selbstverständlich beschäftigt sich die CSU-Stadtratsfraktion mit weiteren Zukunftsthemen für unser Nürnberg. Lesen Sie im Stadtratskurier mehr darüber. In dieser Ausgabe unter anderem über Mobilität, Sicherheit, Wirtschaft und natürlich die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Ihr Andreas Krieglstein
Fraktionsvorsitzender
der CSU im Nürnberger Stadtrat

FINANZIELLE VERANTWORTUNG FÜR NÜRNBERG

Die Regierung von Mittelfranken hat den Nürnberger Haushalt 2022 nur unter strengen Auflagen genehmigt. Der Nürnberger Stadtrat hat den Oberbürgermeister und den Stadtkämmerer beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Sparmaßnahmen zu erarbeiten, damit die Genehmigungsfähigkeit für die nächsten Jahre sichergestellt ist.

Ausgaben und Investitionen prüfen.
„Die finanzielle Lage der Stadt ist angespannt. Wir müssen mit Blick auf die kommenden Jahre jetzt wichtige Weichenstellungen vornehmen. Dabei wollen wir die Zukunftsfähigkeit Nürnbergs sichern und unsere kommunale Selbstverwaltung erhalten. Dies gelingt nur, wenn die Ausgaben und neue Investitionen auf den Prüfstand gestellt werden“, so Fraktionsvorsitzender **Andreas Krieglstein.**
Die Sparmaßnahmen sollen dem Stadtrat zur Haushaltseinbringung Ende September vorgestellt werden. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt dann im Rahmen der Haushaltsberatungen im November 2022.

Foto: CSU / Susanne Sperber

Leistungen nicht pauschal kürzen.
Auf dem Weg bis dahin gibt es viel zu tun. Die Möglichkeiten der Einsparung sind begrenzt. Kürzungen bei Schulen, Kinderbetreuung, Feuerwehr und anderen Pflichtaufgaben der Stadt sind weitestgehend tabu. Sollte es so weit kommen, dass ein Haushalt nicht mehr genehmigt wird, stünden Schließungen von Bädern oder Kultureinrichtungen als Zwangsmaßnahmen im Raum. Eine Situation, die es mit Verantwortung und Augenmaß für unsere Stadtgesellschaft zu vermeiden gilt. Ebenso wollen wir Zuschüsse für Vereine und Ehrenamt nicht pauschal kürzen.

365-Euro-Ticket für die Stadt alleine nicht finanzierbar.
Wichtigste Maßnahme um den Haushalt genehmigungsfähig zu halten ist, keine umfangreichen, regelmäßigen neuen Ausgaben zu beginnen. Die Umsetzung eines 365-Euro-Tickets für Jedermann würde jährlich mindestens 20 Mio. Euro zusätzliches Defizit bedeuten. Nach einer eindeutigen Mahnung der Regierung musste der Nürnberger Stadtrat in seiner Sitzung daher darüber beraten, von einer Einführung des Tickets Anfang 2023 abzusehen.
Für die CSU ist es zudem wichtiger Bestandteil einer verantwortungsvollen Haushaltsführung, auch die Einnahmesituation zu verbessern. Nicht durch neue Steuern, sondern durch eine attraktive Standortpolitik, die z.B. Gewerbeneuansiedlungen vereinfacht.

CSU: KEIN ICE-WERK INS GÜTERVERKEHRSZENTRUM HAFEN

Die CSU-Stadtratsfraktion Nürnberg hält den Vorschlag, das geplante ICE-Werk der Deutschen Bahn ins Hafengebiet zu bauen, für absurd.

Für die Umsetzung des Vorschlags von BN-Chef Klaus-Peter Murawski müsste sowohl eines der Hafenbecken zugeschüttet werden, als auch ein Teil der Firmen aus dem Güterverkehrszentrum verschwinden. Nur so ließe sich der enorme Platz schaffen, den das Bahnwerk benötigt.

Dazu der Fraktionsvorsitzende **Andreas Krieglstein**: *„Die Idee, das größte Güterverkehrs- und Logistikzentrum Süddeutschlands quasi zu zerlegen und 45 Hektar freizuräumen, um dort das ICE-Werk zu bauen, ist völlig abwegig. Das GVZ mit seinen 7.000 Arbeitsplätzen funktioniert und dort sind Logistikunternehmen, Containerterminal und Industrie sinnvoll im Stadtgebiet konzentriert. Das hat Nürnberg von Querverkehren mit LKW entlastet und dieser Erfolg darf auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden.“*

Foto: Bayernhafen GmbH & Co. KG | Quelle: Bavaria Luftbild Verlags GmbH

Geht es nach dem Vorschlag des Bund Naturschutz, soll das Hafenbecken vollständig zugeschüttet werden. Damit würde man von den für das ICE-Werk benötigten 35-45 Hektar nur ca. 13 ha gewinnen. Für die restlichen 20-30 ha müssten Firmen aus dem Hafen umgesiedelt werden. Wohin, dass lässt der Vorschlag offen.

Menschen in den angrenzen Stadtteilen nicht weiter belasten!

„Die Bürgerinnen und Bürger in den angrenzenden Stadtteilen Eibach, Maiach, Siedlungen Süd, Gartenstadt oder Reichelsdorf sind ohnehin schon stark belastet durch Lärm und Straßenverkehr, jetzt noch ein ICE-Werk zusätzlich vor die Haustüre – das darf man den Menschen nicht zumuten“, mahnt der Stellv. Fraktionsvorsitzende und Stadteilbetreuer für Eibach und Maiach, **Kilian Sendner**.

„Das Motto bei Herrn Murawski scheint aber zu sein, dass man dort ruhig noch eine Schippe drauflegen kann“, so Andreas Krieglstein weiter.

Machbarkeit und Vorgehensweise fragwürdig.

Das GVZ hat schon heute ein erhebliches Platzproblem und keine Wachstumsperspektive. Zudem ist es nur mit einem einzigen Gleis im Norden an das Schienennetz angebunden. Um dort den Durchlauf für die Wartung von ICE-Zügen abwickeln zu können, müssten wohl neue Gleisanlagen für die Zu- bzw. Abfahrt geschaffen werden. Das funktioniert nur schwer, ohne in den Bannwald im Süden des Güterverkehrszentrums entgegen eines Stadtratsbeschlusses von 2014 einzugreifen. Im Norden steht der Stadtteil Maiach, im Westen Eibach und im Osten verläuft der Kanal.

Fraktionschef **Krieglstein** weiter: *„Hier muss man ganz klar die Frage stellen, welche Ziele Klaus-Peter Murawski verfolgt, wenn er einen offensichtlich unrealistischen Vorschlag einbringt.“*

Erfolg nicht aufs Spiel setzen.

Der Hafen Nürnberg ist mit seinen mehr als 200 Unternehmen und 7.000 Arbeitsplätzen das größte Güterverkehrszentrum in Süddeutschland. Durch die konsequente Bündelung von Logistikfirmen und z.B. dem Containerterminal in den letzten Jahren, konnten viele LKW-Verkehre quer durch Nürnberg eingespart werden. Dies trägt laut Umweltreferat auch maßgeblich zum Luftreinhalteplan in Nürnberg bei.

GRÜNES LICHT FÜR AUSBAU DER VAG-RADSTATIONEN

Im Verkehrsausschuss im Februar stand auf Antrag der CSU die Ausweitung der VAG-Leihradstationen auf der Tagesordnung.

„Das Bike-Sharing Angebot der VAG wird seit seiner Gründung vor zwei Jahren gut angenommen. Viele Menschen verbinden die Nutzung eines VAG-Rads mit den Erledigungen des täglichen Lebens oder der Nutzung des ÖPNV“, so der Fraktionsvorsitzende **Andreas Krieglstein**.

Die VAG wird dieses Angebot im Laufe des Jahres deutlich ausweiten: Zusätzliche Räder (von 1.500 auf 2.000) sollen unter anderem die Wohn- und Gewerbegebiete in Langwasser neu erschließen. Außerdem gibt es neue Stadtionen in Eibach, Ziegelstein und Mögeldorf. Im ersten Schritt wird zudem je eine Station am Finkenbrunn, in Falkenheim und Kettelersiedlung geschaffen. Stadträtin **Claudia Bälz** freut sich: *„Wir sind davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger im Nürnberger Süden dieses Angebot gerne in Anspruch nehmen.“*

Ausbau im Süden und Südwesten Nürnbergs voranbringen.

Die Stadteilbetreuer Claudia Bälz und Andreas Krieglstein setzen sich dafür ein, dass spätestens ab 2023 der Ausbau der Leihstationen an den S-Bahnhöfen in Reichelsdorf und Katzwang sowie den Knotenpunkten des Busnetzes in Kornburg, Worzeldorf, Weiherhaus und Herpersdorf erfolgen wird.

Foto: CSU / Andrea Hahn

FESTE, KIRCHWEIHEN UND MÄRKTE WIEDER ERMÖGLICHEN

Mit ihrem Antrag an den Stadtrat fordert die CSU, in Abstimmung mit dem Freistaat die Nürnberger Feste und Märkte im Zuge der Lockerungsmaßnahmen wieder zu ermöglichen. Der Stadtratsfraktion ist es wichtig, dass zunächst der Nürnberger Ostermarkt und dann das Nürnberger Frühlingsfest stattfinden können. Im weiteren Verlauf des Jahres sollen dann vor allem auch die Kirchweihen in den Stadtteilen wieder durchgeführt werden.

„Die Schaustellerbetriebe und Marktkaufleute stehen nach den Corona-bedingten Absagen von Festen und Märkten in den letzten beiden Jahren vor existentiellen Herausforderungen“, so der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Kilian Sendner.** *„Es ist für die ganze Branche wichtig, dass die Volksfeste, Kirchweihen und Märkte wieder stattfinden können. Die Schausteller haben in den letzten beiden Jahren gezeigt, dass auch in Corona-Zeiten sichere Veranstaltungen möglich sind. Zudem handelt es sich um Veranstaltungen im Freien.“*

Foto: CSU / Michael Kraus

Feste und Kirchweihen sind Familienveranstaltungen.

„Die Pandemie hat von uns allen viel abverlangt. Gerade das Frühlingsfest und Herbstvolksfest sind Familienveranstaltungen, daher setzen wir alles daran, diese beiden Events in diesem Jahr durchführen zu können“, ergänzt der Wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, **Thomas Pirner.**

SICHERHEITSGESPRÄCH MIT POLIZEIPRÄSIDENT FERTINGER

Die Kriminalitätslage in Nürnberg wird voraussichtlich für 2021 einen weiteren Tiefstand im Mehrjahresvergleich erreichen.

Diese gute Nachricht hatte Roman Fertinger zum Sicherheitsgespräch mit Fraktionsvorsitzenden Andreas Krieglstein, und Sicherheitssprecher Rainer Nachtigall, dabei. Das Sicherheitsempfinden vieler Nürnbergerinnen und Nürnberger entspricht nicht immer der objektiven Sicherheitslage in der Stadt, berichten die Fraktionsvertreter aus zahlreichen Rückmeldungen, die die CSU Stadtratsmitglieder aus Begegnungen mitnehmen. Ob im persönlichen Gespräch oder in Bürgerversammlungen sind Themen zur Sauberkeit und Ordnung aber auch der Verkehrs- und Parksituation in den Stadtteilen immer wieder Kritikpunkte. Deshalb lag auch der Schwerpunkt des Sicherheitsgespräches auf möglichen Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit im öffentlichen Raum.

Polizeipräsenz stärken, mehr Sichtbarkeit im öffentlichen Raum.

Die Präsenz der Polizei muss nach Ansicht von Krieglstein gesteigert werden. Fertinger stellt dar, dass die mittelfränkische Polizei bis 2025 mit einem Personalaufwuchs rechnen kann. Wichtig für die Nürnberger CSU ist, dass die Polizei für die Bevölkerung auch tatsächlich sichtbar und ansprechbar ist. Ein Streifenfahrzeug, das durch die Straße fährt, vermittelt für viele nicht die Sicherheit, wie es eine Fußstreife könnte. Der Polizeipräsident stellt dar, dass mit der polizeilichen Pferde- und einer künftigen Fahrradstaffel zusätzliche Präsenz geschaffen wird. Fraktionschef Krieglstein bat auch zu prüfen, inwieweit den Stadtteilbeamten mehr Freiraum für Kontakte zu Bürgern, Gewerbetreibenden und Bürgervereinen gewährt werden könnte. Dieser heute schon sehr positive „Draht“ könnte so noch intensiver genutzt werden.

Verkehrsverstöße ahnden.

Um die verkehrswidrige Parksituation in den Stadtteilen besser in den Griff zu bekommen, schlug Nachtigall die Einführung des sog. Münchner Modells vor. In einer Kooperation von Polizei und der Kommunalen Verkehrsüberwachung könnten Abschleppvorgänge besser koordiniert werden. Die Münchner Erfahrungen dazu sind positiv und führen letztlich auch zu einer Entlastung der Polizei. Der Polizeipräsident sagte die Prüfung eines solchen gemeinsamen Pilotprojektes zu.

Polizeiinspektion Nürnberg-Nord als Ziel.

Ein weiteres Ziel der Stadtratsfraktion ist der Ausbau der Grenzpolizeiinspektion Nürnberg-Flughafen zu einer „PI Nürnberg-Nord“. Damit könnte eine Polizeidienststelle geschaffen werden,

Foto: PP Mfr.

Andreas Krieglstein, Roman Fertinger und Rainer Nachtigall (v.l.n.r.)

die neben den landes- und grenzpolizeilichen Zuständigkeiten am Flughafen auch noch für die Wohnbevölkerung im Knoblauchsland Anlaufpunkt sein könnte. Polizeipräsident Fertinger zeigte auf, dass auch das Polizeipräsidium sich zum Ziel gesetzt hat, die Personalstärke am Flughafen sukzessive anzuheben. Je nach Auslastung der Inspektion durch den Flugverkehr, würden heute schon Streifen im erweiterten Umfeld des Flughafens gefahren.

Nürnberg soll sicherste Großstadt werden.

Andreas Krieglstein hatte bereits in seiner Haushaltsrede das Ziel formuliert: Nürnberg muss sicherste Großstadt werden! Polizeipräsident Fertinger sicherte zu, weiter gemeinsam mit der CSU-Stadtratsfraktion an der Realisierung des Ziels zu arbeiten.

VOR ORT - WIR SETZEN UNS FÜR DIE STADTTEILE EIN

SÜDSTADT: Ortstermin mit der Fraktion in Steinbühl. Mehr Sauberkeit, mehr Platz für Fußgänger und ein Quartiersparkhaus gefordert.

Foto: CSU / Sabrina Olszewsky

Die Themen Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit standen im Fokus einer Ortsbesichtigung der CSU-Stadtratsfraktion in der Nürnberger Südstadt. Der Fraktionsvorsitzende Andreas Krieglstein, die CSU-Stadträtinnen und Stadträte Helmine Buchsbaum, Marion Grether und Rainer Nachtigall, sowie Mitglieder des CSU-Ortsverbandes Nürnberg-Südstadt verschafften sich vor Ort einen Überblick über die Belastung der Bewohner durch Müll und die angespannte Parksituation. Gehwege, Grünflächen und Grundstückseingänge sind stark von fallen gelassenem Müll und speziell deponierten Abfallbergen betroffen. Die durch SÖR durchgeführten morgendlichen Reinigungsmaßnahmen sind bereits nach kurzer Zeit nicht mehr sichtbar. Ein weiterer Punkt ist die angespannte Parksituation vor Ort. Durch das Parken der Autos auf dem Gehsteig wird der Gehweg für Fußgänger stark reduziert. Hinzu kommen eine steigende Zahl an geparkten Lieferwagen und die Nichteinhaltung von Parkverboten in Straßenkurven. Geprüft werden soll aus diesem Grund die Nutzung alternativer Parkmöglichkeiten, um die Straße frei von Autos zu machen. Ein Beispiel hierfür wäre der Bau eines Quartierparkhauses. Der Nutzen wären breitere Gehwege und die Aufwertung der Aufenthaltsqualität durch Bäume und mehr Grün.

HOHE MARTER:
Parksanierung für mehr Aufenthaltsqualität. CSU fordert WC-Anlage.

Derzeit wird die Grünanlage Hohe Marter neu gestaltet. Ein wichtiger Schritt um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum dieses Stadtteils zu verbessern, der traditionell viel Industrie und Gewerbe aber wenig Freiraum und Erholungsfläche zu bieten hat.
Auf ca. 15.000 m² werden neben Spiel- und Sportflächen, intensiver Begrünung und einem ausgebauten Wegesystem auch Aufenthaltsorte mit Sitz- und Tischgruppen als Treffpunkt geschaffen. Die neue Qualität der Grünanlage, die deutlich erhöhte Zahl der Sitzplätze und Tische, eine Pergola, die zum Verweilen einlädt – das alles wird die Aufenthaltsdauer der Besucher erhöhen und damit auch den Bedarf an Toiletten.
Im südlichen Bereich der Grünanlage befindet sich eine ehemalige Bedürfnisanstalt aus den 50ern, die seit Jahren nicht mehr genutzt werden kann und unter Denkmalschutz steht. Die CSU-Stadtratsfraktion hat daher den Antrag gestellt, im neuen Hohe-Marter-Park wieder eine öffentliche Toilette einzurichten. Sofern die denkmalgeschützte Anlage nicht wieder in Betrieb genommen werden kann, soll z.B. eine Bio-Toilette, wie sie am Wöhrder See im Einsatz ist, errichtet werden.

WETZENDORF: CSU schlägt Alternative zu umstrittenem Bypass vor.

Foto: Daniel Frank

Im seit Jahren ungelösten Konflikt um den sogenannten Bypass in Wetzendorf hat die CSU-Stadtratsfraktion nun den Antrag gestellt, eine neue Möglichkeit für die Entlastung der Schleswiger Straße zu prüfen. Zentrales Anliegen von Nord-Stadtrat Daniel Frank ist dabei der Vorschlag einer alternativen Lösung über den Frauentaler Weg.
„Die Anwohnerinnen und Anwohner der Schleswiger Straße sehnen sich seit vielen Jahren nach einer Beruhigung der verkehrlichen Situation vor Ort. Das Wohngebiet könnte mit einem Durchstich der Bamberger Straße bis hin zum Frauentaler Weg relativ flächenschonend entlastet werden“, so Stadtrat Daniel Frank.
Wichtig bei dieser Variante ist, dass nach einem Ausbau der Bamberger Straße zum Frauentaler Weg keine direkte Durchfahrtsmöglichkeit von und zur Raiffeisenstraße entsteht. Eine Verlagerung der Belastung in die Kriegsopfersiedlung muss ausgeschlossen werden.

Daniel Frank
Stadtrat

CSU
Stadtratsfraktion Nürnberg

IMPRESSUM

Der CSU-Stadtratskurier wird herausgegeben von der CSU Stadtratsfraktion Nürnberg, Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Krieglstein
Redaktion: Michael Kraus
Andrea Hahn, Sabrina Olszewsky
Tel.: +49 911 231 2907
csu@stadt.nuernberg.de